

Beschluss des Landrats vom 02.11.2023

Nr. 158

35. Senkung der Betreuungskosten dank Mehreinnahmen durch die OECD-Steuer 2023/328; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) meint, es sei kein Geheimnis, dass die Betreuungskosten in unserem Kanton schweizweit mit zu den teuersten gehören. Arbeiten lohnt sich je nach Einkommen oder Pensum nicht, da das Einkommen grösstenteils von den Betreuungskosten aufgebraucht wird. Ist das für einen Wirtschaftskanton überhaupt akzeptabel? Vor allem die FDP spricht sich für die Wirtschaft aus. Genau da braucht es auch Fachkräfte. Wenn man diese aber haben möchte, muss man auch etwas dafür tun. Für die Mitte-Fraktion bedeutet dies, bezahlbare Institutionen anzubieten. Es ist lobenswert, dass einige Firmen externe Kita für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen oder selbst anbieten. Aber das sind wenige und vor allem die grossen Firmen. Wir müssen über den Tellerrand hinausschauen und an jene denken, die sich so etwas nicht leisten können. Genau hier setzt der Vorstoss an. Den Eltern muss die Möglichkeit gegeben werden, ihr Know-how in die Wirtschaft einzubringen. Dafür braucht es bezahlbare Betreuungsplätze. Das ist Standortattraktivität. Es gibt keinen Grund, dass die OECD-Steuererinnahmen nur direkt der Wirtschaft zugutekommen sollen. Auch andere Bereiche können davon profitieren. Schlussendlich profitiert die Wirtschaft ja auch wieder davon. Deshalb ist es wichtig, die Scheuklappen in diesem Bereich zu entfernen. Im Vorfeld wurde gesagt, es handle sich um eine Aufgabe der Gemeinden. Das ist richtig. Wenn der Kanton den Gemeinden aber im Bildungsbereich Kosten auferlegt, dann wird von gewissen Seiten kein Widerspruch vernommen. Das ist seltsam. Der Kanton kann im Betreuungsbereich unterstützend eingreifen, indem er beispielsweise einen Sockelbeitrag spricht oder die Gemeinden auf andere Weise bei der Kinderbetreuung unterstützt. Die Rednerin wandelt die Motion in ein Postulat um, um überhaupt eine Chance auf Überweisung zu haben. Der Landrat wird gebeten, den betroffenen Erziehungsberechtigten und Gemeinden ein Zeichen zu senden. Es muss in diesem Bereich etwas passieren. Viele neue Themen bei der Kinderbetreuung werden auf die Gemeinden zukommen, gerade auch im Qualitätsbereich. Wie soll dies ohne Zustupf finanziert werden, ohne die Betreuungskosten zu erhöhen? Auch bei der Entlohnung des Betreuungspersonals zeigt sich immer mehr, dass diese nicht mehr zeitgemäss ist. Daraus resultiert, dass die Kosten für die Gemeinden noch weiter steigen. Auf der anderen Seite profitiert der Kanton ja auch von dieser Unterstützung, indem die zusätzlichen Steuereinnahmen wieder zurückfliessen. Es wird Zeit, diese zusätzlichen Steuereinnahmen in die Betreuungskosten zu investieren.

Stefan Degen (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sehe eine Vermischung vieler Dinge. Einerseits das Thema Betreuungskosten, die OECD-Reform und ein sozialer Gedanke. Es ist noch überhaupt nicht klar, ob die OECD-Reform zu irgendwelchen Mehreinnahmen führt. Wenn bereits Geld für etwas reserviert werden soll, von dem man noch nicht einmal weiss, ob es kommen wird, verpflichtet man sich für die Zukunft dazu. Angesichts der aktuellen Finanzlage, für die «verheerend» wohl noch eine harmlose Bezeichnung ist, ist dies besorgniserregend.

Generell irgendwelche Steuern zweckgebunden zu verwenden, ist schwierig, sind diese doch eigentlich per se eben nicht zweckgebunden. Bei der Verkehrssteuer gibt es beispielsweise ja auch keine Zweckbindung. Wenn eine Zweckbindung angestrebt wird, handelt es sich schlussendlich um eine Gebühr. Die FDP-Fraktion lehnt sowohl Motion wie auch Postulat ab.

Fredy Dinkel (Grüne) meint, die Begehrlichkeiten kommen, wenn mehr Steuereinnahmen absehbar seien. Diese gilt es stets gut zu prüfen. Tagesstrukturen sollen gefördert werden, aber auch dies muss sehr gut geprüft werden. Gemäss Aussage des Regierungsrats ist hier von CHF 5–10 Mio. Mehreinnahmen die Rede. Damit lassen sich nicht alle finanziellen Probleme lösen. Die Grüne/EVP-Fraktion schätzt entsprechend die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Markus Brunner (SVP) sagt, die SVP-Fraktion lehne eine Überweisung der Motion ab. Zum jetzigen Zeitpunkt ist diese nicht zielführend. Zuerst muss eine Gesamtschau in Bezug auf die Einkommenssteuerreform und unter Einbezug verschiedener, noch offener Initiativen erfolgen. Es wäre falsch, diesen eher kleinen Handlungsspielraum bereits jetzt in eine vordefinierte Richtung zu lenken.

Ronja Jansen (SP) meint – wenig überraschend –, dass die SP-Fraktion das Postulat unterstütze. Es ist richtig und wichtig, dass allfälliges Geld, das durch die OECD-Reform eingenommen wird, an die Bevölkerung zurückfliesst, damit diese davon profitieren kann. Mit Investitionen in die Kinderbetreuung und in Tagesstrukturen wird genau dies getan. Genau an dieser Stelle besteht schweizweit und insbesondere im Baselbiet grosser Handlungsbedarf. Es geht hier auch nicht um einen fixen Betrag, sondern um allfällige Mehreinnahmen und eine Prüfung.

://: Mit 41:31 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
